

Tarifübertragung: Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Bremen fordert den Senat zum Handeln auf

In der Diskussion um die Übertragung des jüngsten Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) den Senat zum Handeln aufgefordert.

„Nachdem nun auch die Fraktion der Grünen zu dem Entschluss gekommen ist, dass die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die bremischen Beamtinnen und Beamten notwendig und angebracht ist, sollte der Senat zügig zusammenkommen und das erforderliche Gesetz auf den Weg bringen,“ sagte dazu Jörn Schulze, Landesvorsitzender der Gewerkschaft.

„Dass die Oppositionsparteien für die Übernahme sind, ist nichts Neues. Die SPD besitzt einen entsprechenden Parteitagbeschluss, auch hier ist sicherlich wenig Widerstand zu erwarten. Bürgermeister Sieling hat selbst jüngst erklärt, dass er das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten übertragen will – scheinbar hält einzig Finanzsenatorin Linnert noch daran fest, dass man ihren üblichen Weg der verzögerten Übertragung weitergehen müsse,“ so Schulze weiter. „Das übliche Spielchen der Finanzsenatorin ist faktisch zu Ende!“

Eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten würde eine 27jährige „Tradition“ im Lande Bremen beenden, in deren Verlauf die Beamtinnen und Beamten durch sogenannte Nullrunden entweder überhaupt nicht an der allgemeinen Einkommensentwicklung beteiligt oder durch zeitliche Verzögerungen oder nur teilweise Übertragungen der Tarifabschlüsse abgehängt wurden.

Der aktuelle Tarifabschluss sieht für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes eine Einkommensverbesserung von 3,2% rückwirkend zum 1. Januar 2019 vor, zum 1. Januar 2020 erhalten sie weitere 3,2%. Da der Tarifvertrag mit einer Laufzeit von 33 Monaten abgeschlossen wurde, wurde zum 1. Januar 2021 noch einmal eine Verbesserung um 1,4% vereinbart.